

# Demokratischer Neuanfang in Pakistan

## Große Erwartungen an die neue Regierung

Thomas Bärthlein

**Die Wahlen in Pakistan im Februar haben das Land über Nacht verändert: Alte Erzfeinde, die *Pakistan People's Party* (PPP) und die *Pakistan Muslim League-N* von Nawaz Sharif, bilden gemeinsam die Regierung. Überall ist von einem Neubeginn die Rede. Und vom Ex-General Musharraf spricht plötzlich keiner mehr. Wie ist das alles möglich? Und was ist von der neuen Regierung zu erwarten? Thomas Bärthlein hat die Wahlen in Pakistan erlebt und versucht eine Einschätzung.**

Wahltag in Lahore: Die Straßen sind vormittags ausgestorben, Kinderspielen Cricket auf den Hauptstraßen, wo sonst der Verkehr in der zweitgrößten pakistanischen Stadt pulsiert. Die Spannung in der Luft ist spürbar: Wird es zu Anschlägen am Wahltag kommen, wie immer wieder in den letzten Wochen? Wie stark wird das Ergebnis gefälscht werden, um die regierende „Q-League“ (*Pakistan Muslim League-Q*) von Präsident Musharraf besser dastehen zu lassen? Und wie reagieren dann die anderen Parteien, wird es Gewalt auf den Straßen geben? Die Wähler kommen erst am Nachmittag in größerer Zahl in die Wahllokale, als sich abzeichnet, dass alles ruhig bleibt. Sie scheinen entschlossen, ihr Wahlrecht auszuüben und vertrauen darauf, dass sich etwas ändert. Sympathisanten der „Q-League“ sind merkwürdigerweise nicht zu finden.

Islamabad am nächsten Morgen, Aufwachen in einem neuen Pakistan: Erleichtert und ungläubig reiben sich viele die Augen. Die „Q-League“ ist bei den Wahlen eingebrochen und abgeschlagen auf dem dritten Platz gelandet. Viele ihrer Spitzenpolitiker haben ihre Wahlkreise verloren. Die PPP der ermordeten Benazir Bhutto hat das erwartete Sympathievotum eingefahren und ist die stärkste Partei geworden. Erstaunlich ist hingegen vor allem das starke Abschneiden von Nawaz Sharifs *Pakistan Muslim League-N*

(PML-N), die einen radikaleren Anti-Musharraf-Kurs eingeschlagen und vor allem die Wiedereinsetzung der von Musharraf geschassten Richter zum Wahlkampfthema gemacht hatte. Bemerkenswert schließlich noch das Ergebnis in der von Paschtunen dominierten Nordwest-Grenzprovinz (NWFP) an der afghanischen Grenze: Wo bisher die Islamisten-Allianz MMA regierte, errang nun die säkulare Paschtunen-Partei ANP einen Erdrutschsieg.

### Die Armee hält sich raus

Wie konnte das alles passieren? Ironischerweise hatte die Armee offenbar eine Schlüsselrolle bei der Demokratisierung Pakistans. Musharraf habe frühere Wahlen durch den militärischen Geheimdienst MI fälschen lassen, erklärt der ehemalige Chef der berüchtigten *Inter-Services Intelligence* ISI, Hamid Gul. Jetzt habe sich sein Nachfolger als Armeechef, General Kiyani, aber geweigert, die „Q-League“ zu bevorzugen: „Der Kollaps der ‚Königspartei‘ PML-Q lag zum großen Teil daran, dass der MI zurückgezogen wurde. Und dadurch hingen diese Leute in der Luft! Sie haben selber vor Ort ein bisschen manipuliert, aber wurden trotzdem hinweggefegt“, sagt Gul.

Andere Experten bestätigen diese Version. Ashfaq Kiyani ist zwar von Musharraf als Armeechef einge-

setzt worden, aber sein erstes Anliegen ist es, die Institution der Armee zu retten. Die ist ernsthaft beschädigt durch die Verbindung zu Musharraf und durch den unpopulären Einsatz gegen die eigene Bevölkerung in den Stammesgebieten an der afghanischen Grenze. Die Moral der Soldaten sei auf dem Tiefpunkt, bemerkt der Journalist Munir Ahmed: „Es ist soweit gekommen in Pakistan, dass Uniformierte Angst haben, in ihren Dienstwagen herumzufahren. Sie nehmen lieber Privatautos, aus Angst vor Angriffen.“ Raushalten aus der Innenpolitik, scheint daher die Devise von Kiyani zu sein.

### Große Koalition der Demokraten

Vor der Wahl galt es keineswegs als ausgemacht, dass die *People's Party* eine Koalition der demokratischen Parteien anführen werde. Sowohl Benazir Bhutto als auch nach ihrer Ermordung ihr verwitweter Ehemann Asif Zardari hatten sich stets alle Optionen offen gehalten. Und weil die USA offen ein Bündnis zwischen Bhutto und Musharraf betrieben hatten, rechneten viele in Pakistan mit einem Last-Minute-Schwenk der PPP ins Musharraf-Lager.

Wie souverän und besonnen Asif Zardari die PPP in eine Koalition mit der PML-N führte und wie überzeugend er Seite an Seite mit Nawaz Sha-

rif vor der Presse auftrat, das beeindruckte auch hart gesottene Kritiker des als korrupter „Mister Ten Percent“ verrufenen Bhutto-Witwers. Anschließend machte die PPP nicht den lange favorisierten und wie Bhutto aus Sindh stammenden Makhdoom Amin Fahim zum Premierminister, sondern Yousuf Raza Gillani aus Multan im Süden Punjabs. Offenbar gab es Bedenken, dass Amin Fahim Musharraf zu nahe stehe. Die Entscheidung sorgte zwar für einigen Unmut in der Partei; aber die Vorherrschaft des Bhutto-Clans in der PPP und damit die Führungsrolle Asif Zardaris wurden bisher nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Eine starke parlamentarische Opposition muss die Regierung nicht fürchten. Das alte Regierungslager ist praktisch zerbrochen, und insbesondere in der „Q-League“ wollen nun alle immer schon gegen Musharraf gewesen sein. Obwohl die „Q-League“ etwa bei den Landtagswahlen in Belutschistan stärkste Kraft geworden war, gelang es der *People's Party*, dort die Regierung zu bilden.

Der Präsident selbst findet sich zunehmend am Rande des politischen Geschehens wieder und kann der neuen Regierung ebenfalls nicht gefährlich werden, und auch die Armee ist vorerst mit sich selbst beschäftigt. Die Gelegenheit ist günstig für die Regierung Gillani, schnell erste Akzente zu setzen.

### **Wichtigste Herausforderungen**

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Regierung wird die Wiedereinsetzung der Justiz sein. Vor allem mit dem Obersten Richter Iftikhar Chaudhry führte Musharraf seit März 2007 eine Fehde und entfernte ihn zweimal aus dem Amt. Nawaz Sharif gelang es, der *People's Party* ein Bekenntnis zur Wiedereinsetzung der Richter abzuhandeln, aber die Gespräche über die Details gestalten sich schwierig.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass Iftikhar Chaudhry und seine Kollegen sich als äußerst unabhängige Kraft etabliert haben, die für jede Regierung unangenehm werden könnte. Langfristig liegt aber in einer starken Justiz eine große Chance dafür, dass das Experiment der Demokratie in Pakistan diesmal erfolgreicher verläuft als in der Vergangenheit, als die Armee oft genug mit dem Einverständnis der Bevölkerung unpopuläre Regierungen aus dem Amt jagte. Das gleiche gilt für Institutionen der Zivilgesellschaft wie etwa die Medien, die im vergangenen Jahr deutlich an Gewicht gewonnen haben und eine wichtige Rolle dabei spielen dürften, die Regierungsführung zu überwachen.

Föderalismus ist ein weiteres Hauptthema, wo die neue Regierung neue Akzente setzen will und muss. Denn die Spannungen zwischen den Provinzen drohen Pakistan seit langem zu zerreißen. Erste Anzeichen für ein Umdenken gibt es hier bereits. Die neue Regierung in Belutschistan hat alle Anklagepunkte gegen den inhaftierten Ex-Ministerpräsidenten und Nationalisten-Führer Akhtar Mengal zurückgezogen. Sie will die nationalistischen Gruppen in den politischen Mainstream zurückbringen und dem häufig brutalen Vorgehen der Armee in Belutschistan ein Ende machen.

In einem ähnlichen Kontext ist auch die Politik der neuen Regierung in der Nordwest-Grenzprovinz zu sehen, die den Dialog mit den Taliban sucht. Sie hat einen der Anführer der Militanten, Sufi Muhammad, frei gelassen, um mit den Aufständischen ins Gespräch zu kommen. Einfach ist das nicht gerade, denn die Extremisten bestehen darauf, ihren Kampf gegen die USA in Afghanistan fortzusetzen. Und die USA sind ein einflussreicher Verbündeter Pakistans. Die pakistanische Regierung könnte sich bei diesem Thema schnell zwischen allen Stühlen wiederfinden. Eine politische Lösung für Waziristan und die anderen Stammesgebiete soll neben dem Dialog mit

militanten Gruppen aber auch demokratische Reformen und wirtschaftliche Entwicklungspakete beinhalten.

Ob dieser Ansatz eine Chance hat, wird vor allem auch von der nächsten US-Regierung abhängen. Immerhin gibt es erste Berichte, wonach das US-Militär von Angriffen durch unbemannte „Drohnen“ in den Stammesgebieten Abstand nehmen will, um der neuen pakistanischen Regierung eine Chance zu geben. Auch in Washington, wo man bis zuletzt, das heißt bis weit nach den Wahlen an Musharraf festgehalten hat, scheint man bereit für ein Umdenken und einen Neuanfang in Pakistan.